



ALTERNATIVE NACHRICHTEN GÜNZBURG KRUMBACH

Ausgabe 6
Oktober 2020

750 Milliarden für die EU

500 Mrd. Euro waren Merkmals Steilvorlage, nun treibt von der Leyen gar 750 Mrd. Euro für die EU ein.

Damit zeigen beide größtmögliche Ignoranz gegenüber dem deutschen Steuerzahler. Das passende Framing für diese beispiellose Umverteilung wurde mit dem Namen „Next Generation EU“ bereits gesetzt. Der geldgierige Sozialist Macron, der Staatsschulden-Duce Conte sowie zahlreiche weitere Mittelmeerstaaten erhalten 500 Mrd. Euro Zuschüsse (Deutschland zahlt davon rund 135 Mrd. Euro) und 250 Mrd. Euro an weiteren Darlehen (hier haftet Deutschland nochmals für ca. 68 Mrd. Euro). Die vielen Milliarden müssen als Kredite am Kapitalmarkt aufgenommen werden, führen also zu einer Neuverschuldung und dauerhaften Zinsbelastungen der

Geberländer. Die geliehenen Mittel dienen vorgeblich dem Zweck, die Haushalte der Empfängerländer zu beatmen – doch diese werden große Teile der Gelder für die Tilgung der eigenen Schulden aufwenden. Am Ende landen die Milliarden der deutschen Steuerzahler damit bei den Gläubigern der Staaten. Ähnlich wie in der Finanzkrise 2008 werden also mit den Steuermilliarden vor allem zockende Investment-Banken gefüttert, damit deren Investitionen in europäische Staatsanleihen nicht umsonst waren. Mit anderen Worten: Eine Bankenrettung 2.0. Diese Entwicklung zeigt einmal mehr, wo die eifrigsten Lobbyisten des Finanzsektors sitzen: In EU-Kommission und im Kanzleramt. Bezahlen darf - wie immer- der brave deutsche Steuerzahler. Und dieses Spiel wird wohl erst vorbei sein, wenn es in Deutschland nichts mehr zu holen gibt.

SPEZIAL:

- **Opportunist Söder**
- **Corona-Demo in Berlin**

Weitere Themen:

- **Titel: 750 Milliarden für die EU**
- **TOPTHEMA: Stellenabbau**
- **Die Profiteure der Krise**
- **Vermögensverteilung in der EU**
- **INFO: Maskenpflicht**
- **CO₂-Steuer**
- **Die „neue Normalität“**
- **Bildung im Niedergang?**
- **Die gute Nachricht**

TOPTHEMA: STELLENABBAU

Nahezu täglich erreichen uns mittlerweile neue Meldungen über Stellenstreichungen in der Industrie. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind bereits jetzt erheblich: In den letzten Monaten sind in Deutschland 600.000 Jobs verloren gegangen. Die deutsche Metallindustrie prognostiziert weitere 300.000 Stellen, die in den kommenden Monaten wegfallen. Der Handelsverband Deutschland geht davon aus, dass rund 50.000 Ladengeschäfte dauerhaft schließen werden. Dies nun allein

verstärken die Auswirkungen der Digitalisierung den Trend zum Stellenabbau. Hochwertige Arbeitsplätze werden verstärkt durch Technik ersetzt, doch für die betroffenen Arbeitnehmer gibt es in der Regel keine Anschlussbeschäftigung – sie verlieren jede berufliche Perspektive. Die oberste Priorität in der Industrie- und Arbeitsmarktpolitik muss deswegen die Sicherung der Beschäftigung sein. Dafür muss jedoch umgehend die unsägliche



CORONA: GENUG IST GENUG

auf die Auswirkungen der Coronakrise und des Lockdowns zurückzuführen, greift jedoch zu kurz. Denn bereits vor Corona befand sich die deutsche Wirtschaft und insbesondere die Automobilindustrie aufgrund der ideologischen und kurzsichtigen Politik von Bundes- und Staatsregierung in einer tiefen Krise. Besonders der von den Altparteien geforderte Umstieg auf die E-Mobilität machte sich in den Beschäftigungszahlen bemerkbar, weil Elektrofahrzeuge deutlich weniger Personal in der Herstellung erfordern. Zusätzlich

Corona-Panik beendet werden, denn noch immer wird unsere Wirtschaft durch unsinnige Auflagen künstlich ausgebremst. Merkel, Söder und Co. müssen ihr Gesicht wahren und behaupten deswegen, dass alle Maßnahmen „alternativlos“ waren – doch wenn im Herbst eine gewaltige Insolvenzwelle durchs Land rollt, dürften das die betroffenen Unternehmer und deren Mitarbeiter deutlich anders sehen. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis die öffentliche Meinung kippt. Und dann werden einige Köpfe rollen, auch in Bayern.

OPPORTUNIST SÖDER

Markus Söder hat große Pläne für seine politische Karriere. Und ein Markus Söder weiß, dass man sich für große Pläne mit den Medien gutstellen muss. Denn ohne deren Unterstützung kommt man in der deutschen Spitzenpolitik nicht weit und Söder kennt diese Mechanismen der Macht. Er hat sie aufmerksam studiert und wendet sie professionell an. Söder erkannte frühzeitig, dass die mediale Corona-Panik eine günstige Gelegenheit darstellt, um sich als „Hardliner“ zu inszenieren. Bislang fährt er erfolgreich auf dieser Schiene. Doch schon bald könnte er über den zunehmenden Protest gegen die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen stolpern. Daneben sollte man nicht vergessen, dass Bayern von allen Bundesländern am schlechtesten durch die Krise gekommen ist und Söder für seine Selbstinszenierung die halbe Wirtschaft in Schutt und Asche gelegt hat.

Es gibt einen Begriff für derartiges Verhalten. Man nennt es Opportunismus.





„Damit hält man es (das Virus) nicht auf. [...] Die technischen Daten dazu sind nicht gut.“

Prof. Dr. Christian Drost über Masken

Am 30. Januar 2020 sagte der Berliner Virologe und „Chefberater“ der Bundesregierung in der Coronakrise, dass man das Coronavirus mit Masken nicht aufhalten könne. Auch Angela Merkel und Markus Söder äußerten sich noch Anfang April dahingehend. Das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte gibt ebenfalls an, dass sogenannte Alltagsmasken keine Schutzwirkung für Träger und Umgebung aufweisen. Dessen ungeachtet kam kurz darauf die Maskenpflicht. Geht es also dabei vielleicht gar nicht um die Ausbreitung des Virus? Ist es eher eine psychologische Maßnahme, um den Gehorsam der Bevölkerung auszutesten?

DIE PROFITEURE DER KRISE

Für weite Teile der deutschen Wirtschaft sind die Folgen der Corona-Maßnahmen verheerend. Gastronomie, Einzelhandel, Tourismus - die Umsatzeinbußen in diesen Branchen werden bis Ende des Jahres zehntausende Unternehmen in den Ruin treiben. Die Verlierer der Krise stehen also bereits heute fest. Doch wer hat profitiert? Kurz gesagt: Die Digitalkonzerne und (mal wieder) der Finanzsektor. Online-Shopping, Home-Office usw. haben der Digitalwirtschaft prächtige Gewinne

beschert, Amazon und Co. dürfte Corona also sehr gelegen kommen. Und die Banken konnten in der Krise fleißig neue Kredite an notleidende Staaten und Unternehmen vergeben, was ihnen zukünftig Einfluss und Zinserträge sichert. Darüber hinaus können Finanzinvestoren günstig den deutschen Mittelstand aufkaufen, weil tausende Unternehmen durch die Corona-Maßnahmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. Die Mittelschicht wird damit weiter abschmelzen.

VERMÖGENSVERTEILUNG IN DER EU

Deutschland ist ein reiches Land. Diesen Satz dürfen wir uns regelmäßig von Vertretern unserer Bundesregierung oder den Meinungsmachern der Leitmedien anhören. Leider ist das nur die halbe Wahrheit: Zwar liegt die Bundesrepublik gemessen am Gesamtvermögen weltweit auf Rang 4, doch die ungleiche Verteilung des Vermögens relativiert dies wieder. Einer steigenden Armutsquote stehen immer weiter anwachsende Vermögen von Multimilliardären gegenüber – die Mittelschicht löst

sich damit zunehmend auf. Vergleicht man die Privatvermögen der Deutschen mit denen anderer EU-Bürger, wirkt die Geschichte vom „reichen Deutschland“ noch grotesker: Italiener, Spanier und sogar Griechen besitzen im Median zwei- bis dreimal mehr Privatvermögen als die Deutschen. Diese Ungleichheit hat unter Merkel massiv zugenommen, auch wenn die Kanzlerin sich erfolgreich das Image der besorgten „Mutti“ gibt. Wirecard, CumEx und Bankenrettung lassen grüßen.

INFO: MASKENPFLICHT

Es hält sich hartnäckig das Gerücht, dass Ladeninhaber, Gastronomen, Hoteliers etc. im Freistaat auch dann ein Bußgeld entrichten müssen, wenn sich ein Kunde in den Räumlichkeiten eines Betriebs nicht an die Maskenpflicht hält. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie die Antwort der Staatsregierung auf meine parlamentarische Anfrage „Bußgeld bei Verstoß gegen die

Maskenpflicht durch Kunden in Ladengeschäften und Gastronomie im Freistaat Bayern“ ergeben hat. Auch im aktuellen „Bußgeldkatalog Corona-Pandemie“ der Regierung findet sich keine Strafe für Ladeninhaber, wenn ein Kunde gegen die Maskenpflicht verstößt. Lediglich der Verstoß durch eigene Mitarbeiter wird mit aktuell 5.000 Euro geahndet. Unternehmer

können der Antwort der Staatsregierung nach bei der derzeitigen Rechtslage selbst dann nicht mit einem Bußgeld belegt werden, wenn sie einen Kunden, der keine Maske trägt, bedienen. Gewerbeverbände müssen dieses schwerwiegende Missverständnis umgehend bei ihren Mitgliedern klarstellen.

CO₂-STEUER: GRÜN ABGEZOCKT

Spätestens seit „Fridays for Future“ spricht halb Deutschland über die CO₂-Steuer. Mittlerweile hat sich die Bundesregierung auch dem Druck der grün lackierten Ökosozialisten gebeugt und eine sogenannte „CO₂-Bepreisung“ eingeführt. Man hat dabei zwar tunlichst den Begriff einer Steuer vermieden, doch den Bürgern dürfte es egal sein, wie das neue Abzock-Instrument nun genannt

wird. Der Effekt der Klima-Abgabe ist in jedem Falle gleich: Leben und Wirtschaften wird ab sofort teurer für die Deutschen. Doch kann damit tatsächlich CO₂ eingespart werden? Bei den meisten Familien ist der Energieverbrauch für Strom, Wärme und Mobilität ohne größere Investitionen nicht reduzierbar. Berufspendler können nicht auf ihren PKW

verzichten und Heizenergie ließe sich im Winter nur durch Frieren einsparen. Was bewirkt da also eine CO₂-Steuer? Richtig, sie schafft eine neue Einnahmequelle für den Staat. Am Energieverbrauch -und damit an den CO₂-Emissionen- wird sie jedoch nichts ändern. Sie wird lediglich dafür sorgen, dass die Bürger am Monatsende ab sofort noch weniger übrig haben. Danke für nichts, Frau Merkel.

DIE „NEUE NORMALITÄT“

Eine besonders unangenehme Nebenerscheinung der Coronakrise ist das überall verbreitete Framing zur „neuen Normalität“. Merkel, Steinmeier, Spahn, die Tagesschau und nahezu alle anderen Medien wollen uns einreden, dass wir unser altes Leben „wegen Corona“ abzuschreiben hätten. Auffällig ist, dass diese Narrativ praktisch weltweit aufgebaut wird: UN, Weltbank, IWF, WHO,

CNN, New York Times...plötzlich wird überall ein „New Normal“ beschworen. Doch wie soll diese „neue Normalität“ aussehen? Wollen wir den Rest unseres Lebens auf Abstand zu anderen Menschen leben? Sollen unsere Kinder auf ewig mit Masken im Sandkasten spielen? Nein, unser altes Leben ist unverhandelbar. Oder, um das Lieblingswort einer deutschen Kanzlerin zu bemühen: Die Rückkehr zu unserem alten

Leben ist **alternativlos**. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die besonderen Umstände der Situation dafür missbraucht werden, uns dauerhafte Einschränkungen und Veränderungen aufzuzwingen. Genau dies versucht die Bundesregierung und genau damit wird sie krachend scheitern. Die AfD wird sich in allen Parlamenten dafür einsetzen, dass bald wieder unsere alte Normalität herrscht.

BILDUNG IM NIEDERGANG?

Für das neue neunjährige Gymnasium in Bayern ist eine tiefgreifende Änderung in der Prüfordnung vorgesehen. Bis dato galt Deutsch als verpflichtendes Prüfungsfach und als eines der Hauptprüfungsfächer bei allen bayrischen Abituranwärtern. Dies ist nun nicht mehr der Fall. Deutsch ist weiterhin als mündliches oder schriftliches Abiturprüfungsfach wählbar, kann jedoch durch die Möglichkeit der Substitutionsregel als Prüfungsfach durch eine zweite Fremdsprache ersetzt werden. Auch Mathematik kann durch ein sogenanntes MINT-Fach (naturwiss. Fach) in der Abiturprüfung ersetzt werden. Wir als AfD meinen: Die Substitutionsregel ist nicht akzeptabel. Das deutsche Abitur ohne Deutschprüfung ist aus Sicht der AfD schon wegen der Sicherstellung der Studierfähigkeit nicht zielführend.

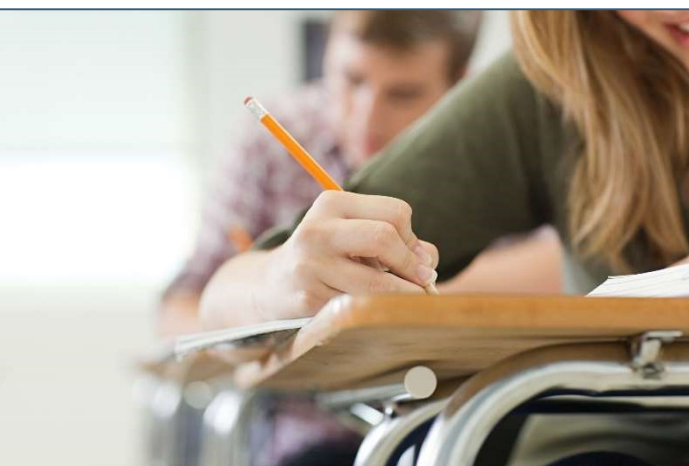
„Wir sollten gut abwägen, ob wir Microsoft, Google, Apple und Co. die Bildung unserer Kinder anvertrauen wollen.“

Auch die von Bundes- und Staatsregierung vorangetriebene Digitalisierung der Schulen sehen wir kritisch. Zwar ist es wichtig, jungen Menschen Kompetenzen bei digitaler Technologie zu vermitteln, doch muss dabei mit Augenmaß und Vernunft vorgegangen werden. Ein Tablet ersetzt kein Schulbuch und einsames „home schooling“ zuhause vor dem Bildschirm ersetzt keinen gemeinsamen Präsenzunterricht mit den Klassenkameraden. Weiterhin ist es höchst bedenklich, wenn digitale Bildungsinhalte von den großen Digitalkonzernen erarbeitet werden. Stattdessen soll auch in Zukunft das Lehrpersonal individuell für die Schüler einen lebendigen Unterricht gestalten können. Der Schule droht sonst eine einseitige Ausrichtung im Sinne von Microsoft, Google, Apple und Co. Wir sollten gut abwägen, ob wir diesen Großkonzernen die Bildung unserer Kinder anvertrauen wollen.



CORONA-DEMO IN BERLIN

Am 29. August 2020 demonstrierten zehntausende Bürger gegen die Corona-Politik der Bundesregierung. Die Besetzung der Treppe vor dem Reichstag ging dabei nicht von der friedlichen Veranstaltung der „Querdenker“ aus, auch wenn alle Medien dies so darstellten. Insgesamt war die Veranstaltung ein deutliches Signal in Richtung Kanzleramt, dass die Verhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen längst nicht mehr gegeben ist.



DIE GUTE NACHRICHT

Die deutsche Justiz funktioniert! In den letzten Monaten kam es zu zahlreichen aufsehenerregenden Gerichtsurteilen, in denen sich die Gerichte teils gegen „mächtige Gegenspieler“ durchsetzten. So legte sich beispielsweise das Bundesverfassungsgericht mit der Europäischen Zentralbank an und stellte fest, dass deren billionenschweren Anleihekäufe zur Staatsfinanzierung

unverhältnismäßig und nicht vom Mandat der EZB gedeckt sind. Der Deutschen Bundesbank wurde mit diesem Urteil sogar indirekt untersagt, sich weiterhin an den Kaufprogrammen der EZB zu beteiligen. Ein gutes Zeichen für die Finanzpolitik der EU, die nun hoffentlich endlich in geordnete Bahnen zurückfindet. Und auch das Berliner Verwaltungsgericht leistete kürzlich saubere Arbeit

und kippte das verfassungswidrige Demonstrationsverbot, das der Berliner Senat bzw. dessen Innensenator Andreas Geisel für die Corona-Demo vom 29. August erlassen hatte. Die Urteile zeigen, dass zumindest die deutschen Gerichte unsere Grundrechte ernstnehmen und sich nicht dem politischen Mainstream beugen. Eine wirklich gute Nachricht für unsere Demokratie!

IMPRESSUM | V.i.S.d.P.

ANSCHRIFT:

Gerd Mannes, MdL
Max-Planck-Straße 1
81675 München

TELEFON:

089 4126-3412

E-MAIL:

gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Bildnachweise:

Seite 1: cityfoto24 – Bild: Günzburg; stock.adobe.com

Seite 2: Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12_Markus_Söder_CSU_8341.jpg), „2018-10-12 Markus Söder CSU 8341“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 6: Guido Radig (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum_-_Frontseite_-_Panorama.jpg), „Maximilianeum - Frontseite - Panorama“, Zuschnitt und Änderung auf S/W, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

Besuchen Sie mich unter:

www.gerd-mannes.de

www.instagram.com/gerdmannes/

www.facebook.com/GerdMannes/

www.twitter.com/GerdMannesAfD

